

A portrait of Julian Nida-Rümelin, a man with dark curly hair, wearing a dark blue blazer over a light blue button-down shirt. He is standing in front of a large window with a view of a city, with his right hand resting on a wooden pillar. The background is slightly blurred, showing a cityscape.

ICH BIN EIN IN DER WOLLE GEFÄRBTER FÖDERALIST

Sagt Julian Nida-Rümelin und plädiert dennoch für ein Bundeskulturministerium. Wir sprachen mit dem stellvertretenden Vorsitzenden des Deutschen Ethikrats und ehemaligen Kulturstaatsminister über Kunst und Kultur in Zeiten der Pandemie.

Herr Professor Nida-Rümelin, wann waren Sie das letzte Mal in einem Konzert, einer Oper oder einem Schauspiel?

Julian Nida-Rümelin: Das ist coronabedingt lange her. Wenn ich es richtig erinnere, war das »Melancholia« von Felix Rothenhäusler in den Münchner Kammerspielen 2019.

Fehlen Ihnen die Live-Aufführungen?

Nida-Rümelin: Ja, sehr. Mir geht es aber auch um die Künstlerinnen und Künstler selbst. Das eine ist, was diejenigen verlieren, die jetzt keinen Zugang zu den Kultureinrichtungen haben. Das andere ist, was es für die Menschen bedeutet, die die Kunst zum Mittelpunkt ihrer Existenz gemacht haben. Die Politik bemüht sich zwar, einen Teil der Ausfälle zu kompensieren. Aber das wirklich Schlimme ist, wie durch die Schließungen und Kontaktverbote ganze Existenzformen bedroht sind. Ich komme aus einer Künstlerfamilie, mein Vater und mein Großvater waren Bildhauer und Maler, meine Großmutter Malerin. Daher weiß ich, es geht nicht lediglich darum, sich den Unterhalt zu finanzieren, sondern es ist eine Frage der gesamten Existenz. Viele Künstlerinnen und Künstler in meinem Umfeld sagen, »ich muss mir überlegen, ob ich überhaupt dahin zurückkehre«.

Alternativ nutzen viele Künstlerinnen und Künstler digitale Präsentationsformen. Sind die ein gleichwertiger Ersatz?

Nida-Rümelin: Das sind sie nie. In München gab es mal den Maestro Celibidache. Als Chefdirigent der Philharmoniker hat er Plattenaufnahmen rigoros abgelehnt. So weit muss man nicht gehen, aber es ist ein riesiger Unterschied, ob man mit dem Orchester im selben Raum sitzt und alles, was dort entsteht, auch

physisch spüren kann oder ob man das nur auf einem Bildschirm verfolgt – ganz abgesehen von der akustischen Qualität, die in einem Saal anders ist als mit einem noch so guten Hi-Fi-Gerät zu Hause. Es gab mal Zeiten, in denen in Parteitagsbeschlüssen vorgeschlagen wurde, man solle die Hochkultur nicht mehr subventionieren, sondern lieber die Anschaffung von Plattenspielern. Gut, das war in grauer Vorzeit. Aber für mich war es damals mit ein Motiv, mich für Kulturpolitik in der Sozialdemokratie zu engagieren, weil ich mir gedacht habe: Um Gottes willen, man muss dringend zwischen Kultur und Politik vermitteln.

Die Politik hat in ihren Pandemieverordnungen Kunst und Kultur kurzerhand gleichgesetzt mit Freizeitunterhaltung. Fehlt es heute an einer Vermittlung zwischen Kultur und Politik, an einer Lobby für Kunst und Kultur?

Nida-Rümelin: Ich war zur Kundgebung der Initiative »Aufstehen für Kultur« in München als Redner eingeladen. Dort war meine zentrale These genau die, die Sie jetzt andeuten. Deutschland hat sich im 19. Jahrhundert als Bildungs- und Kulturturnation definiert. Und ohne Chauvinismus darf man sagen, das war Deutschland auch. Der Erste Weltkrieg und schließlich die zwölf Jahre NS-Diktatur haben alles verändert. Die kritische und die jüdische Intelligenz sind vertrieben oder umgebracht, die interessanteren Teile des Kunstschaffens als »entartet« abgewertet und stigmatisiert worden. Auch wenn sich der NS-Staat als kunstsinnig präsentierte, so gehen Kunst und Unterdrückung einfach nicht zusammen. In der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg hat sich die Restnation gewissermaßen neu definieren müssen. Das erfolgte über die harte D-Mark, mit der das sogenannte Wirt-

schaftswunder einsetzte, und – flapsig gesagt – über die Fußballweltmeisterschaft 1954. Die Bundesrepublik definierte sich über die ökonomische Leistungsfähigkeit und zunehmend über die Sozialstaatlichkeit. Bildung und Kultur tauchten als Identifikationsmerkmal der Nation nicht mehr auf.

Hat Willy Brandt in der Zeit der deutschen Teilung nicht von der »deutschen Kultur-nation« gesprochen, die systemübergreifend fortbesteht?

Nida-Rümelin: Ja, im Sinne einer kulturellen Verbindung zwischen DDR und Bundesrepublik. Und in der Tat, die ersten Jahre der Kanzlerschaft Brandt waren auch ein kultureller Aufbruch, der dann rasch in der Tristesse der Wirtschaftskrisen und der konservativen Trendwende verebbte. Bildungs- und Kulturpolitik spielen in den Bundesländern eine wichtige Rolle. Aber die Nation als Ganze definiert sich seit langem nicht mehr über kulturelle Leistungen. Man vergleiche zum Beispiel Nachrichtensendungen in Frankreich mit denjenigen in Deutschland. Wenn dort bedeutende Uraufführungen stattgefunden haben, wird das in den normalen Nachrichten gebracht. Das kommt bei uns praktisch nie vor. Dazu passt auch, dass man bei der Corona-Bewältigung den gesamten Kunst- und Kulturbereich den »Freizeitbeschäftigungen« zugeschlagen hat. Die damit verbundene Abwertung ist, auch wenn keine bösen Intentionen dahinterstehen, charakteristisch für die gerade geschilderte Problematik. Und sie verschärft die Lage, weil nicht nur Künstlerinnen und Künstler – gemeinsam mit einigen anderen Berufen – besonders betroffen sind, sondern auch deswegen, weil damit ihre Irrelevanz suggeriert wird. Das ist es, was einen besonders beunruhigen muss.

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier meinte mitten im ersten ›Lockdown‹: »Gerade in diesen Tagen erfahren wir: Kunst und Kultur sind, in einem sehr buchstäblichen Sinn, Lebensmittel.« Sind das nur schöne präsidentale Worte, oder was lässt sich daraus für die praktische Kulturpolitik ableiten?

Nida-Rümelin: Ich kenne Frank-Walter Steinmeier noch aus meiner Zeit im Bundeskanzleramt. Er war dort als Chef des Kanzleramts und ich als Kulturstaatsminister tätig, und die Zusammenarbeit war nicht nur menschlich sehr anständig. Das ist nicht immer so in der Spitzenpolitik. Für Steinmeier sind die Kulturpolitik und das Kulturelle generell von zentraler Bedeutung. Das hat man besonders deutlich gesehen, als er später Außenminister wurde. Sein Vorgänger Joschka Fischer war bei allen Meriten ein Kulturverächter, der die dritte Säule der auswärtigen Politik, nämlich die kulturelle Zusammenarbeit, systematisch vernachlässigte. Er vertrat die These, man brauche in Europa eigentlich keine Goethe-Institute mehr. Das war hochgefährlich, und das hat Steinmeier konsequent und erfolgreich korrigiert. Es geht hier also nicht nur um eine präsidentale Rede. Sondern dahinter steckt auch eine persönliche Überzeugung. Reden können die Politik beeinflussen, können Eindruck machen auf die Akteure, die dann die Entscheidungen treffen. Von daher ist es wichtig, im Bundespräsidenten einen Verbündeten zu haben.

Was könnte in einer nächsten Pandemie in Sachen Kulturpolitik besser laufen?

Nida-Rümelin: Ich bin generell der Auffassung, dass der europäische Weg der Pandemiebewältigung nicht wirklich überzeugt. Der ostasiatische Weg, und zwar in den Demokratien Japan, Südko-

rea und Taiwan, ist sehr viel überzeugender. Diese Länder haben genauso wie Australien und Neuseeland verstanden, dass es in einer solchen Krisensituation darauf ankommt, am Anfang konsequent zu handeln und alle Möglichkeiten einzusetzen, um das Infektionsgeschehen gleich zu Beginn unter Kontrolle zu bringen. Als einer, der einmal Physik studiert hat, weiß ich, dass es bei einem drohenden exponentiellen Verlauf immer der falsche Weg ist, erst einmal abzuwarten. Man muss zu einem Zeitpunkt reagieren, an dem die Risiken für den Einzelnen noch vernachlässigbar niedrig sind. Es war einer der großen Fehler, dass man das in Europa nicht getan hat. Stattdessen hat man nun die berühmte »Hammer and Dance«-Strategie gewählt, die auf einen mehrfachen Wechsel zwischen harten Maßnahmen und Lockerungen zielt. Ich habe im Gegensatz zu anderen von Anfang an gesagt, dass das auf keinen Fall gut gehen kann, vielmehr zu einem extremen Stress führt. Damit wird von ›Shutdown‹ zu ›Shutdown‹ nur der ökonomische, soziale und kulturelle Abstieg organisiert, der zu wachsendem Widerstand in der Bevölkerung führt und am Ende drastische Konsequenzen haben könnte.

Was müsste konkret anders gemacht werden?

Nida-Rümelin: Wir müssen die öffentlichen Verwaltungen in ganz Europa reaktionsfähig machen, und das geht nur mit Digitalisierung. Und die Linie muss in Zukunft generell heißen, sofern man die Eindämmung gleich in der Anfangsphase verpasst: risikostratifiziert oder, wie es auch genannt wird, risikofokussiert vorzugehen. Das heißt, es wird geschaut, wo bestehen welche Infektionsrisiken. Das ist mühsamer, als einfach einen allgemei-

nen ›Shutdown‹ zu verhängen, aber umso schonender kann man durch eine solche Krise kommen. Taiwan hat keinen einzigen Tag ›Shutdown‹ gehabt und bis heute nur ganz wenige Todesfälle.

Ein risikostratifiziertes Vorgehen würde auch nicht zu diesen desaströsen Konsequenzen für die Kultur führen, wie wir sie derzeit erleben. Ich denke zum Beispiel an die Veranstaltungswirtschaft, einen boomenden Bereich mit Hunderttausenden von Beschäftigten. Diese Veranstalter sind nicht staatlich subventioniert, generieren aber auch sehr viel kulturell Wertvolles vor allem für die jüngere Generation. Ich bin Vater von drei Kindern und weiß daher, dass der primäre Zugang zur kulturellen Praxis oft über Live-Musik in verschiedensten Formen erfolgt. Jetzt ist dieser gesamte Bereich stillgelegt, und selbst die größeren Anbieter stecken in einer schweren wirtschaftlichen Krise. In den staatlichen und kommunalen Institutionen ist das etwas besser abgefedert, aber die existenzielle Herausforderung der Kunst ist vergleichbar. Man weiß unterdessen, dass ein Theater- oder Konzertbesuch dank der ausgefeilten Hygienekonzepte in den Häusern höchstens ein minimales Infektionsrisiko mit sich bringt. Warum also hat man die Theater, die Opern- und Konzerthäuser nicht längst wieder geöffnet? Natürlich können sie unter den veränderten Bedingungen viel weniger Gäste empfangen und viel weniger Einnahmen generieren. Aber wir hätten das Land im Kultursektor nicht völlig heruntergefahren.

Würde es Kunst und Kultur in Deutschland helfen, wären sie nicht nur mit einem Staatsministerium im Bundeskanzleramt vertreten, sondern gäbe es ein vollwertiges Bundeskulturministerium?



Nida-Rümelin: Es war für mich damals einer der Gründe, als Kulturstaatsminister aufzuhören, dass es nicht zu einem Bundeskulturministerium kam. Ich habe das immer wieder gefordert und dabei kaum Unterstützung, dafür umso mehr Widerstand erfahren. Vor allem die Bundesländer meinten, das lege die Axt an den Kulturföderalismus und an die Kulturhoheit der Länder. Das wäre in der Tat gefährlich. Ich bin ein in der Wolle gefärbter Föderalist und glaube, dass es angesichts der historischen Erfahrungen mit Zentralregierungen wie auch der landsmannschaftlichen Verbundenheiten gut ist, dass diese Balancen in unserer Ver-

fassung eingebaut sind. Wenn man den Ausgleich zwischen regionaler und nationaler Verantwortung haben will, dann braucht man Aufgabenfelder, bei denen die Länder nicht am Gängelband des Bundes laufen und nicht an dessen Finanztopf hängen.

Sind das nicht im Wesentlichen Bildung und eben Kultur?

Nida-Rümelin: So ist es. Deswegen gibt es solche Widerstände gegen ein Bundeskulturministerium. Für ein solches spricht jedoch, dass wir die Länderkompetenz für Kultur komplettieren müssen mit denjenigen Aufgaben, die das jeweili-

ge Land für sich allein nicht verantworten kann. Denken Sie etwa an das Deutsche Museum oder das Germanische Nationalmuseum. Das sind Museumskolosse, die nicht von Bayern allein getragen werden können. Weil der Bund Forschung unterstützen darf, hat man gesagt, diese Museen forschen ja auch – eine völlig verquere Argumentation, die nur dazu dienen sollte, den Bund finanziell mit ins Boot zu bekommen. Deswegen sage ich, wir brauchen eine vernünftige Abgrenzung: Was sind Bundes- und was sind Landesaufgaben? Ich denke an Aufgaben, die das Land selbst finanziell nicht stemmen kann, die aber wichtig

für ganz Deutschland sind. Die müssen dann eben in Co-Finanzierung von Bund, Land, Kommune und privaten Geldgebern getragen werden, wie etwa die Bayerreuther Festspiele oder das Bach-Archiv in Leipzig. Das schmälert die Kulturhoheit der Länder nicht. Im Gegenteil sind diese gut beraten, sich als Partner für bestimmte große nationale Aufgaben den Bund mit ins Boot zu holen. Und dazu bedarf es eines Bundeskulturministeriums, das vor allem dafür sorgt, dass die Gesetzgebung des Bundes kulturfreundlich ist.

Aber hatten Sie nicht schon als Kulturstaatsminister Einfluss auf die Gesetzgebung? Immerhin haben Sie 2002 das Buchpreisbindungsgesetz auf den Weg gebracht.

Nida-Rümelin: An diesem Beispiel lässt sich gut verdeutlichen, wie notwendig ein Bundeskulturministerium ist. Denn nicht ich konnte das Gesetz einbringen. Aber der Reihe nach: Als ich das Amt übernahm, galt der Kampf um die Buchpreisbindung bereits als verloren. Wenn man aber weiß, dass in Ländern ohne Buchpreisbindung dramatisch weniger Bücher hergestellt werden, dann weiß man auch, was mit der Buchpreisbindung kulturell auf dem Spiel steht. In Ländern ohne Buchpreisbindung kann die Querfinanzierung nicht erfolgen, mit der seriöse Verlage hierzulande arbeiten, indem sie mit Bestsellern die Literatur subventionieren, die einen kleineren Interessentenkreis hat. Gut, habe ich gesagt, dann sollten wir nach französischem Muster ein nationales Buchpreisbindungsgesetz machen. Diese Idee habe ich mit dem Bundeskanzler besprochen. Der war erst einmal skeptisch und formulierte dann als Bedingung, dass die großen Verlage und Buchhandelsunter-

nehmen wie etwa Bertelsmann oder Hugobubel mitmachen. Daraufhin gab es mehrere Verhandlungsrunden und am Ende einen mühsam erreichten Konsens. Jetzt aber stellte sich die Frage: Wer bringt das Gesetz ein? Als Kulturstaatsminister hatte ich kein eigenes Ressort. Jetzt ist der Abstand so groß, dass ich die Geschichte mal verraten darf: Es ist mir gelungen, den Wirtschaftsminister Werner Müller dafür zu gewinnen. Qua Amt hätte er sich eigentlich gegen den Markteingriff verwahren und für den freien Markt einsetzen müssen. Aber als sehr kunst- und kulturaffiner Mensch hat er sich von der Sache überzeugen lassen

setzes: »Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei.« Etwa zwei Drittel des gesamten Etats des Bundeskanzleramtes gehören der Kultur. Das ist ja sehr merkwürdig und könnte Begehrlichkeiten wecken. Wir haben bisher Glück gehabt: Weder Gerhard Schröder noch Angela Merkel haben die Kultur instrumentalisiert. Sie haben sich verantwortlich verhalten, aber wer weiß, wie das in Zukunft sein wird.

»Das beständige Ringen um das, was für uns gemeinsam gut ist und was aus unterschiedlichen Perspektiven und Interessenlagen akzeptabel ist, macht die Demo-

»Die Zurückdrängung der Parlamente aus der Pandemiebewältigungspolitik ist hochproblematisch, weil das eine Entdemokratisierung bedeutet.«

und den Gesetzentwurf par ordre du mufti gegen massive Widerstände in seinem Haus durchgesetzt. Offiziell brachte dann also das Wirtschaftsministerium das Gesetz in den Bundestag ein, und der eigentlich zuständige Kulturstaatsminister blieb außen vor. Eine absurde Situation.

Gibt es nicht dennoch Vorteile, wenn die Kultur unmittelbar im Machtzentrum der Bundesrepublik angesiedelt ist?

Nida-Rümelin: Das halte ich eher für eine Gefahr. Mit der Zuordnung zum Bundeskanzleramt ist die Kultur des Bundes in eine Nähe zur politischen Macht gebracht worden, wo sie auf keinen Fall hingehört – siehe Artikel 5 des Grundge-

kratie aus.« So steht es in Ihrem jüngsten, gemeinsam mit Nathalie Weidenfeld verfassten Buch »Die Realität des Risikos – Über den vernünftigen Umgang mit Gefahren«. Jenes beständige Ringen ist in den vergangenen Monaten oftmals nicht erfolgt. An die Stelle demokratischer Urteilsbildung sind Verordnungen getreten, verabredet in einem nichtöffentlich tagenden Gremium, das verfassungsmäßig gar nicht vorgesehen ist: die Konferenz der Ministerpräsidenten mit der Bundeskanzlerin. Welchen Schaden hat die Demokratie dadurch genommen?

Nida-Rümelin: Die Zurückdrängung der Parlamente aus der Pandemiebewältigungspolitik ist hochproblematisch, weil das eine Entdemokratisierung bedeutet.

Die Konferenz der Ministerpräsidenten mit der Bundeskanzlerin ist auch deswegen hochproblematisch, weil man allenfalls in Gestalt von Durchstechereien erfährt, was dort diskutiert wird. Das ist ja ein geschlossener Gesprächskreis. Man erfährt nicht einmal, was für Argumente pro und kontra vorgebracht werden. Das ist natürlich für die Demokratie nicht gut, wenn die Menschen nicht teilnehmen, nicht einmal als Beobachter sich ein Bild machen können: Was sind die Argumente, und wer bringt sie ein? Parallel dazu radikalisiert sich eine Minderheit. Die bleibt erfreulicherweise zwar relativ klein. Aber wenn man wieder in die deutsche Geschichte schaut, weiß man, wie gefährlich solche Konstellationen sein können. Die NSDAP hat bei freien Wahlen nie mehr als etwas über 30 Prozent erreicht. Deswegen müssen wir so inklusiv wie möglich mit dieser Krise umgehen. Je länger sie dauert, umso wichtiger wird die Aufgabe, das

Land zusammenzuhalten. Ich glaube allerdings, in Deutschland wie in einigen anderen Ländern auch haben die Menschen in dieser Krise erfahren, dass billiger Populismus in schwierigen Zeiten nicht weiterhilft. In Ländern, in denen der Staat ein gewisses Maß an Seriosität zeigte, und dazu gehört zweifellos Deutschland, hat der Populismus an Kraft und Einfluss verloren. Insofern ist es schwer zu sagen, ob sich die Krise am Ende stabilisierend oder destabilisierend auf die Demokratie auswirken wird. Das hängt wahrscheinlich sehr stark davon ab, wie die ökonomisch-soziale Entwicklung nach Ende der Pandemie verläuft. Der Staat hat seine Munition mittlerweile verschossen, also wird es mit Sicherheit Kürzungsprogramme geben im Bund genauso wie in den Ländern und Kommunen. Wenn wir dann im Tal gefangen bleiben, dann werden wir eine Wirtschafts- und Sozialkrise bekommen und in deren Folge vielleicht eine politische

Krise. Wenn sich dagegen rasch wieder eine passable Dynamik auf den Märkten einstellt und soziale Maßnahmen die schlimmsten persönlichen Katastrophen hinreichend abmildern, dann wird Deutschland nicht um seine Demokratie fürchten müssen.

Interview: Claudius Böhm

Buchtip

»Die Realität des Risikos – Über den vernünftigen Umgang mit Gefahren« von Julian Nida-Rümelin und Nathalie Weidenfeld ist im April 2021 im Piper-Verlag erschienen, umfasst 224 Seiten und kostet 24 Euro.



CARL LOEWE UND DIE ORGEL



Ungewöhnliche CD mit Orgelwerken und -bearbeitungen des für seine Balladen bekannten Komponisten, in seiner Heimatstadt Löbejün von Irénée Peyrot an der Rühlmann-Orgel der Stadtkirche St. Petri eingespielt

CD im Digipack
Bestell-Nr.: VKJK 2013

LONGLIST 02/2021



Auf der Longlist für die Bestenliste 2/2021 des Preises der deutschen Schallplattenkritik (Kategorie „Tasteninstrumente II“)



das Klassiklabel der Verlagsgruppe Kamrad | Theo-Neubauer-Str. 7 | 04600 Altenburg | www.querstand.de